



bresche info-bulletin

Nr. 19
23.4.81

1.MAI - TAG DER ARBEIT, TAG DES KAMPFES

Seit 1889, also seit bald 100 Jahren, ist der 1.Mai der internationale Kampftag der Arbeiterschaft. Am 1.Mai 1886 waren in Chicago grosse Protest- und Streikaktionen im Gange. Die ganze Stadt war lahmgelegt, bis schliesslich die Polizei eingriff, die Arbeiter niederknüppelte und in die Menge schoss, was einige Tote und etliche Verletzte zur Folge hatte. Drei Jahre später ruft der Internationale Sozialistenkongress, im Gedenken an diese Ereignisse, die Arbeiter aller Länder auf, für den Achtsturentag und für die internationale Solidarität zu demonstrieren. So ist der 1.Mai zum internationalen Kampftag der Arbeiterschaft geworden. Zum Tag also, an dem die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Stärke zeigen und für ihre Forderungen demonstrieren.

In all diesen Jahren sind viele Demonstrationen durchgeführt und viele Reden gehalten worden. In Zug waren es einige Dutzend Junge, die Anfangs der 70er wieder am 1.Mai auf die Strasse gingen. Die Gewerkschaften hatten seit einigen Jahren

Abonniert...

bresche

Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Frauenlöhne, Mutterschaftsversicherung und Abtreibung, Umweltzerstörung und AKW-Bewegung. Internationale Solidarität. Die nationale BRESCHÉ informiert, kommentiert und mobilisiert. Vierzehntäglich aus sozialistischer Sicht. Für 30 Fr. jährlich bei Postfach 299, 8031 Zürich. Abonniert sie, jetzt!

INHALT

- S.1 1.Mai - Tag der Arbeit, Tag des Kampfes
S.5 SP des Kantons Zug: Schlaaffe Segel
S.6 Berufsbildungsinitiative: Die Kampagne läuft
auf vollen Touren
S.6 Ein Missverständnis...
S.7 El Salvador: Auch in Zug etwas tun
S.8 Zuger Jugendbewegung: Der Frühling begann am
20.März

BRESCHÉ-INFO-BULLETIN

Herausgegeben von der Sozialistischen Arbeiterpartei,
Sektion Zug, Postfach 1155, 6300 Zug
Eigendruck

Verantwortlicher Redaktor: Bruno Bollinger

keine Veranstaltung mehr durchgeführt. Heute sind es mit den Gewerkschaften zusammen knapp mehr als 100, die an der 1. Mai-Kundgebung teilnehmen. In Russland und in China wird mittlerweile nur noch eine Stärke gezeigt, die militärische. Das ist das gewohnte Bild des 1. Mai geworden.

Der 1. Mai 1981 wird aber nicht ganz gleich wie die anderen sein. In Polen zum Beispiel wird es zwei verschiedene 1. Mai geben: Es wird der offizielle 1. Mai der Parteibürokraten geben, der "die Stärke und die Einheit des Landes" zeigen möchte. Es wird aber auch der 1. Mai der Arbeiterinnen und Arbeiter geben, die in der Gewerkschaft "Solidarnosc" organisiert in den letzten Monaten ihre Stärke so eindrücklich gezeigt haben. In Polen wird es also der 1. Mai der grossen Reden und der hohlen Sprüche geben. Es wird aber auch einen Kampftag geben, an dem Solidarität und Kampfstärke gezeigt wird.

Auch in der Schweiz ist nicht mehr alles so wie letztes Jahr. Zwar werden auch dieses Jahr die "Arbeitervertreter" ihre grossen Sprüche klopfen. "Jede Besserstellung muss erkämpft werden", rief letztes Jahr im Coop-Restaurant in Zug die Zürcher Stadträtin Emilie Lieberherr aus. Einige Monate später scheute sie nicht davor zurück, gegen Jugendliche, die für ihre Besserstellung kämpften, mit Polizeigewalt vorzugehen.

Trotzdem ist die Arbeiterbewegung auch in der Schweiz stärker geworden: Seit Jahrzehnten ist es Ende letztes Jahr zum ersten Mal wieder zu einem Streik für einen nationalen Vertrag gekommen. Die Typographen waren nicht mehr bereit, nur gerade das zu akzeptieren, was ihnen die Unternehmer gnädig gewähren wollten. Sie mobilisierten sich und führten nationale Streikaktionen durch. Die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) haben zwar nicht alles erreicht, was sie wollten. Sie haben aber ganz klar gezeigt, dass mit Kampfaktionen den Unternehmern

mehr abgetrotzt werden kann. Und sie haben gezeigt, dass streiken und Vertragsabschluss nicht im Widerspruch steht, im Gegenteil: es kann für einen besseren Vertrag gestreikt werden. Nicht nur die Typographen waren aktiv. Auch die "Bähnler" gingen auf die Strasse: 1200 Zugführer, Kontrolleure und Zuggehilfen aus der ganzen Schweiz demonstrierten im Dezember für mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit (40 Std.-Woche) und für die Aufhebung des Personalstopps. Der SMUV forderte letztlich klar und deutlich: "40 Stunden sind mehr als genug!"

Die Jugendlichen haben ihrerseits bewiesen, dass sie nicht total apatisch und verloren sind. Spätestens seit dem letzten Sommer ist es allen klar geworden, dass es nicht nur solche Jugendlichen gibt, die nur Disko im und Hörer um den Kopf haben. Es gibt auch solche (mehr als je zuvor!), die für ihre Rechte und Interessen kämpfen. Es liegt nun an den Gewerkschaften und den Parteien der Arbeiterbewegung, diese Jugendlichen zu organisieren, um von dieser "jungen Kampfkraft" zu profitieren und sie nicht verpuffen zu lassen.

Wir haben dieses Jahr eine grosse Chance, die hohlen 1. Mai-Sprüche in die Praxis umzusetzen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat zur Hauptparole des 1. Mai die Forderung "Gleiche Rechte - gleiche Chancen für Mann und Frau" gemacht. Im Juni wird eine Abstimmung über eine entsprechende Verfassungsänderung stattfinden. Wichtig ist es, eine breite Kampagne für die Abstimmung zu machen, der 1. Mai soll der Auftakt dazu sein. Kommt die Verfassungsänderung zustande (es ist möglich, denn auch die Bürgerlichen sind dafür), dann sind aber die Gleichen Rechte überhaupt noch nicht garantiert. Vor dem Gesetz sind ja sowieso schon "alle gleich", ... nur die Reichen sind etwas "gleicher". Es wird also darauf ankommen, die Gleichberechtigung vor allem dort zu verwirklichen, wo sie am wichtig-

sten ist: am Arbeitsplatz - mit dem gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für alle. (Und da sind, das wissen wir jetzt schon, die Bürgerlichen ganz und gar nicht dafür). Diese Gleichberechtigung kann aber mit keiner Abstimmung erreicht werden, sondern nur mit dem organisierten Einsatz am Arbeitsplatz.

Wir von der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) leisten unseren Beitrag für eine stärkere Arbeiterbewegung: Wir unterstützen die 1.Mai-Kundgebung des Gewerkschaftskartells, weil wir es richtig finden, dass die Gewerkschaften ihre Mitglieder mobilisieren. Allerdings finden wir, dass die Gewerkschaften auch in Zug am 1.Mai auf die Strasse gehen könnten. Am Anfang wäre es vielleicht noch wenige sein, es werden aber mehr werden. Die Typographen haben ja ihren Streik auch nicht von einem Tag auf dem anderen organisieren können. Es brauchte eine jahrelange Arbeit der Linksströmung. Und auch die "Solidarnosc" ist nicht in ein paar Monaten geschaffen worden.

Wir führen eine aktive Kampagne für die Gleichen Rechte durch und sammeln Unterschriften für die Initiative "für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung". Die mit der Initiative geforderten öffentlichen Lehrwerkstätten sollen vor allem den Benachteiligten (also auch den Mädchen) gleiche Ausbildungsmöglichkeiten sichern.

Wir setzen uns voll und ganz für eine Stärkung der Gewerkschaften ein: Wir setzen uns für die Organisierung der Jugendlichen ein und machen Vorschläge, die den Gewerkschaften wieder ermöglichen sollen, ihre Mitglieder und die Unorganisierten zu mobilisieren.

Bruno Bollinger

AM 1.MAI KOMMT ALLE AM 1.MAI KOMMT ALLE AM 1.MAI KOMMT ALLE

Um 16.15 Uhr im Coop-Restaurant in Zug
Maifeier des Zuger Gewerkschaftskartells
Referenten: Eduard Belser-Bardill,
Ständerat, Lausen BL
Dino Nardi, Zürich

Um 20.00 Uhr im Restaurant Brandenburg in Zug
1.Mai-Veranstaltung der SAP
"P U L V E R, F A S S P O L E N"
Ein Zürcher Gewerkschafter berichtet
von seiner Reise in Polen.

SP des Kantons Zug

SCHLAFTE SEGEL

Nachdem der Wahlerfolg von 1978 vorübergehend die Segel gebläht hat, schlingert das kantonale SP-Schiff mit schlaffen Tüchern in der politischen Sauce Zugs. Es fehlt an einem klaren Kurs, an politischen Vorstössen, um die herum die Mitglieder auf Deck mobilisiert werden könnten. Das Motto heisst "dösen in den Kajüten", die Stimmung ist etwas resigniert.

Kollaboration oder Widerstand

Vollkommen zu Recht hat die SP bei der "Mitenand"-Abstimmung die scheinheilige Haltung der CVP gegenüber den Ausländerproblemen hervorgestrichen. Aber gleichzeitig sitzt man in Dutzenden von Gremien kollegial mit eben dieser CVP zusammen und stellt Theorien auf, man müsse mit der CVP zusammen gegen den noch schlimmeren Freisinn vorgehen. Eine ähnlich unentschlossene und widersprüchliche Haltung kommt gegenüber der Jugendbewegung zum Ausdruck; einerseits ringt sich die SP endlich zur Unterstützung der Forderung nach einer Uebergangslösung durch, dann aber sieht sich der SP-Stadtrat wieder veranlasst, in den Zuger Nachrichten kräftig von der Forderung nach Autonomie zu distanzieren. Trotz einzelner Regungen kann sich die SP nicht zu einem konsequenten Kampf gegen das Bürgertum entschliessen - ein wichtiger Grund für die Flaute in den Parteisegeln.

Parlamentarische Sandbank

Die Strategie, alles auf die Karte von Wählerstimmen und Parlamentssitzen zu setzen, hat die Linke auch in Zug geschwächt. Der Wahlerfolg 1978 pflanzte mehrere jüngere SP-Aktivistinnen auf einen Parlamentssessel. Sie stecken heute bis zum Hals in der parlamentarischen Kleinarbeit. Für politischen Kampagnen ("Mitenand", Gleiche Rechte, ...) und gewerkschaftliche

Auftauarbeit bleibt kaum Zeit.

Es fehlt der SP an allen Ecken und Enden an Kadern und aktiven Mitgliedern. Das zeigte sich bei der Suche nach Kandidaten für das Präsidentenamt der Stadtzuger SP. Kamen in Frage 1. Thomas Fraefel - der keine grosse Lust zeigte von den Höhen des Staatsmannes in die Niederungen der Parteipolitik zu steigen und 2. Werner Lüönd - er hat sich bisher in der Zuger Arbeiterbewegung nicht gross hervor getan, ausser bei einer Veranstaltung vor den letzten Nationalratswahlen, wo er vom Bürgertum einen kampffähigeren Panzer 68 forderte! Angesichts dieser Auswahl verstehen wir die Seufzer in den sozialdemokratischen Reihen anlässlich der Wahl Lüönds.

Schadenfreude fehlt am Platz

Wir haben keine Freude am gegenwärtigen Zustand der SP. Die Flaute verlängert die Schwäche gegenüber unserem gemeinsamen Feind. Protzig stellen sich die Vertreter des Gross- und Briefkastenkapitals gegen jede Verbesserung für die Lohnabhängigen, von der "Mitenand"-Initiative über das Wohnungsproblem bis zu den Lohnforderungen der Stadtarbeiter. Der Aufbau starker Gewerkschaften und einheitliche Aktionen der Linken können auch in Zug das Bürgertum zum Rückzug zwingen. In diese Richtung liegt der Ausweg aus der Flaute für jene sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen, die sich für die Interessen der Lohnabhängigen, Frauen, Ausländer und Jugendlichen schlagen wollen.

M.M.

Berufsbildungsinitiative

DIE KAMPAGNE LAEUFT AUF VOLLEN TOUREN

Die Unterschriftensammlung für die Initiative zur Schaffung von Oeffentlichen Lehrwerkstätten ist sehr gut angelaufen. In den Arbeiterquartieren unterschreiben 70-80% der angefragten Personen. Was die Berufsbildung betrifft, besteht ein echtes Malaise und ein tiefer Wunsch nach grundlegenden Verbesserungen in den meisten Lohnabhängigen-Familien. Wir selber sind überrascht über die Sensibilität, was die ganze Problematik betrifft. Alle Linken und Organisationen der Arbeiterbewegung, die unsere Initiative für irrelevant halten oder als unnötig betrachten, politisieren in dieser Frage echt an den Problemen und Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung und der Jugend vorbei.

Wie aus der Urheberliste auf dem Bogen hervorgeht, handelt es sich nicht um eine reine SAP-Initiative.

EIN MISSVERSTAENDNIS...

Vor fast zwei Monaten machten wir einen Versand. Es war eine Einladung zu einer Versammlung. Das Thema war die Initiative für Oeffentliche Lehrwerkstätten (LWS). Als Einladung verschickten wir die Kopie eines vierseitigen Briefes, der von unseren Zürcher Genossen verfasst worden war. Dort stand auf der dritten Seite: "Im März soll ein breites Abstimmungskomitee gegründet werden. Die SP des Kantons hat bereits beschlossen beizutreten". Wir vergassen zu ergänzen "die SP des Kantons ZH". Verständlicherweise reagierte die SP und schrieb uns einen Brief. "Werte Freunde", schrieb H.Hausheer und forderte uns auf, in Zukunft solche

Das Initiativkomitee wird bewusst offen gehalten, dass alle Personen und Organisationen, die ungeschlüssig sind, noch einsteigen können. Uns schwebt eine Einheit analog zur Mutterschaftsschutz-Initiative vor. Es war von Anfang an unser Ziel, im Interesse der Sache und der Einheit der Linken nicht einem Parteipatriotismus zu frönen, sondern möglichst viele Kräfte einzubeziehen. Unterstützt wird die Initiative von Persönlichkeiten wie Fredy Aeberli (GDP), Fritz Amsler (GBH), François Masnata (SP-Programmkommission), Gabrielle Nanchen (SP-Vallis) und Felix Mattmüller (SP-Bildungsspezialist). Wir hoffen sehr, dass auch die Zuger SP und Gewerkschaften sich diesen Kolleg/inn/en anschliessen werden.

In diesem Zusammenhang möchten wir alle BIB-Leser/innen, welche Unterschriften bei sich haben, bitten, diese an uns zu senden.

Josef Lang

Entscheide der SP zu überlassen. Selbstverständlich fassen wir keine Entscheide für die SP. Wir haben sofort einen Brief geschrieben, die Sache richtiggestellt und uns entschuldigt.

Leider kam der Generalsekretär der SP des Kantons ZG auf die gloriöse Idee, eine Kopie des Briefes auch an die Zuger Presse zu schicken. Die Zuger Nachrichten, ganz im Sinne ihrer langjährigen Tradition, wonach jede Stellungnahme der Linken unzensuriert publiziert wird, druckte den Brief ab. Wir protestierten bei den ZN. Unser Brief wurde dann auch veröffentlicht.

B.B.

EL SALVADOR : AUCH IN ZUG ETWAS MACHEN !

Obwohl das Thema El Salvador in den letzten Wochen nicht mehr auf der vordersten Seite unserer Zeitungen stand, wird dort härter denn je gekämpft. Nach der Gross-offensive der Befreiungsfront im Januar merkte auch die USA, dass ihre schon damals enorme Hilfe nicht ausreicht, um die Befreiung El Salvadors zu verhindern. Mittels Rundreisen in Europa und Lateinamerika versuchten sie, das Image der Junta vom Präsident Duarte aufzupolieren und ihren Verbündeten das verstärkte Engagement der USA zu erklären. Die skeptische Haltung verschiedener Regierungen der bereisten Staaten hinderte Reagan nicht daran, noch mehr Militärberater und Waffen zu entsenden. Die angekündeten Wahlen sind ein Bluff : Kann man von Wahlen sprechen, wenn linke Organisationen verboten bleiben und weiterhin täglich Arbeiter und Bauern auf offener Strasse erschossen werden?

Die militärische Lage im Land gleicht momentan einer Pattsituation. Unsere Aufgabe hier in Europa und Amerika ist es, zu verhindern, dass die NSA mit ihrer Hilfe das Rad zu ihren Gunsten drehen können. Die USA müssen gezwungen werden, ihre Hilfe für die Junta zurückzuziehen. Dass dies nicht unmöglich ist, hat der Vietnamkrieg bewiesen. Damals musste die USA ihre Truppen nicht zuletzt aufgrund einer starken Anti-Vietnam-Bewegung in den USA und in Europa zurückziehen. Gelingt es uns, die enorme Hilfe an die Junta zu stoppen, ist der Sieg der Befreiungsfront nur noch eine Frage von Wochen.

(Fortsetzung von S. 8)

Zuger Jugendbewegung:

Gezeigt haben wir - gerade weil wir nicht aufgegeben haben -, dass Widerstand sich lohnt.

Gesehen haben wir aber auch, dass in vielen Bereichen unseres täglichen Lebens sich noch nichts bewegt

Dass internationale Solidarität kein hohles Wort ist, bewiesen amerikanische Hafendarbeiter, die das Verladen von Waffen nach El Salvador verhinderten. In Zug gibt es, ähnlich wie in andern schweizer Städten, ein Nicaragua-El Salvador Komitee. Die letzte Veranstaltung vom 16. April mit der Musikgruppe "Tiempo Nuevo" war sicher ein Erfolg. Schade, dass sich die SP nicht durchringen konnte, dieses Solidaritätskonzert zu unterstützen, obwohl doch die Sozialistische Internationale und sogar die bürgerliche Regierung Schwedens die Opposition in El Salvador unterstützen.

Waffen für El Salvador : Ausser der politischen Solidaritätsarbeit ist aber auch eine materielle Unterstützung des Befreiungskampfes von Nöten. Da die Unterlegenheit der Revolutionäre an Waffen enorm ist, ist sie auf Geldspenden angewiesen, um Waffen kaufen zu können. Spendet für das Ueberleben des salvadorianischen Volkes! PC 30-80754, Bern. In der BRD zum Beispiel wurden bereits über 1,3 Mio DM gesammelt.

Oder übt aktive Solidarität hier in Zug, indem ihr im Komitee mitarbeitet. Adresse : PF 3306, Zug 3

U.B.

hat: die Anforderungen an den Schulen und in den Lehrbetrieben werden immer höher; die Arbeit wird immer eintöniger; wollen wir es uns am Abend und am Wochenende in der Kaserne gutgehen lassen - um am nächsten Morgen oder Montag wieder in die Kälte zu kommen? Wehren wir uns für ein Zug ohne Packeis, für bessere Arbeit und bessere Schulen - lassen wir uns nicht mehr alles bieten: denn Widerstand lohnt sich!

24. April 1981 Hanspeter Uster

Zuger Jugendbewegung

DER FRUEHLING BEGANN AM 20. MAERZ

"Den ganzen Sommer, den ganzen Herbst, den ganzen Winter haben wir verhandelt mit Leuten, die gar nicht zu Verhandlungen bereit gewesen sind - ohne Erfolg. Heute hat der Frühling begonnen. Jetzt handeln wir. Wir haben die alte Kaserne besetzt." Mit diesem Eklat begann der Diskussionsabend vom 20. März über Jugendprobleme. Nach dem Abzug der wenigen Jugendlichen blieben die Erwachsenen unter sich. Stadtpräsident Hegglin erhielt für seine Verzögerungs- und Verschaukelpolitik eine gesalzene Rechnung.

"Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt"

Durch die Besetzung konnten wir der Oeffentlichkeit zeigen, dass es in der Kaserne leere Räume gibt und dass sie als Uebergangslösung geeignet ist. Wir bewiesen, dass wir uns durch die Zermürbungstaktik des Stadtrates nicht einschüchtern lassen.

Der Boykott der Stadtratsveranstaltung in der Herti hatte zum Ziel, endlich echte Verhandlungen zu ermöglichen und die sture Haltung des Stadtrates der Oeffentlichkeit zu zeigen. Durch den Boykott, die Besetzung, die Demonstration, das Sit-in auf dem Kolinplatz und den Besuch im Ochsen kam es am folgenden Dienstag erstmals zu wirklichen Gesprächen zwischen dem Stadtrat und den Jugendlichen. Hegglin musste vor 80 Leute zugeben, dass er sich mit den "vollen Obergeschossen geirrt" habe. Nur wer sich wehrt, erreicht etwas - das haben wir bewiesen.

Die Zuger Lokalblätter hetzen!

Das Zuger Packeis reagierte auf die friedliche Besetzung mit unerwarteter Härte. Strafanträge wurden gestellt, Leute aus der Bewegung verloren ihre Stelle oder wurden persönlich verunglimpft. Die Presse eröffnete eine Hetzkampagne; vor allem Eugen Müller kommentierte die Besetzung so,

dass ein gewöhnlicher Leser meinen konnte, alle Schaufenster der (Zuger) Bahnhofstrasse seien in Brüche gegangen. Drahtzieher wurden gesucht und auch gefunden: nur ist Josef Lang seltener in der Kaserne gewesen als asp. und em. Die LNN, die als einzige fair, wenn auch nicht jugendfreundlich berichteten, wurde prompt von Hegglin unter Druck gesetzt; er drohte, künftig den LNN keine Informationen mehr zu geben. Wieso vergass Hegglin, die gesamte Presse über den Rückzug der Strafanträge, die mit grossem Tam-tam gestellt worden waren, zu informieren?

Othmar Romer - der Kaufmann von Zug?

Dass die Bürgerlichen Jugendliche, die sich wehren, verhetzen, erstaunt weiter nicht. Dass aber Stadtrat Romer in einer Phase, in der Cäsar Rossi voll gegen uns schießt, uns in den Rücken fällt mit einer sich bei den Bürgerlichen anbietenden Distanzierungs-erklärung, ist traurig. Er unterstützt damit den gleichen Rossi, der einige Wochen später das SP-Inserat zu Mitenand zensuriert. Lieber Othmar, ist dein Stadtratssitz mehr wert als die berechtigten Anliegen der Jugendlichen? Liebe SP-Mitglieder, wieso konnte der mehrheitlich linke Vorstand der Stadt-SP sich nicht zu einer bewegungsfreundlichen Erklärung durchringen, obwohl ihr uns das versprochen habt?

Schmilzt das Packeis?

Die Bewegung hat einen Kompromissvorschlag für eine Uebergangslösung in der alten Kaserne, der vom ZJT-Verein ausgearbeitet worden ist, trotz vielen Vorbehalten angenommen; die Antwort des Stadtrates steht noch aus. Können wir jetzt zufrieden sein?

(Fortsetzung S.7)